



Stellungnahme der FDP-Fraktion zur Haushaltsplanung 2018 der Gemeinde Ladbergen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren!

„Die FDP in Ladbergen wendet sich gegen jegliche Form der Verschwendung von Steuergeldern.“
Dies war der erste Satz unserer Haushaltsrede im vergangenen Jahr. Er hat unverändert Gültigkeit!

In den letzten Wochen haben wir uns intensiv mit der Sanierung und Erweiterung der Grundschule in Ladbergen befasst. Eines vorab: Die Maßnahmen für die pädagogische Arbeit in der Schule haben für uns eindeutig Vorrang vor den Maßnahmen zur äußerlichen Aufhübschung und der letzten denkbaren und kaum effektiven Dämmung der Fassade.

Die Grundschule war bereits in unseren Haushaltsreden zu den Haushalten 2016 und 2017 Thema. Zur Erinnerung: Vor zwei Jahren haben wir uns dafür ausgesprochen, die Grundschule besser Wärme zu dämmen. In diesem Zusammenhang haben wir ein Gutachten zur CO₂-Einsparung angemahnt. Im vergangenen Jahr haben wir angesichts der hohen Rücklagen in der Schulpauschale die Notwendigkeit des Programms „gute Schule 2020“ für Ladbergen stark bezweifelt. Was ist in der Zwischenzeit geschehen?

Die Verwaltung hat umfangreiche Vorschläge zur energetischen Sanierung der Grundschule vorgelegt. Ein Gutachten zur CO₂-Einsparung liegt nicht vor. Das Kollegium der Grundschule hat, unnötig spät und sehr kurzfristig, Vorstellungen zur Erweiterung des Raumangebotes formuliert. Alle Maßnahmen werden umgesetzt. Genug Geld steht ja zur Verfügung – und „muß“ ausgegeben werden. Schauen wir uns die einzelnen Maßnahmen an:

1. Erweiterung bzw. Verbesserung des Raumangebotes EUR 430.000
2. Energetische Fassadensanierung inkl. einiger weiterer Maßnahmen EUR 600.000
3. Verbesserung Lichtkonzept Grundschule (LED) EUR 90.000
4. Weitere Maßnahmen Grundschule / Sporthalle II: Verbesserung des Heizungssystems, Instandsetzung des Dachs der Sporthalle und Erneuerung des Lüftungssystems der Sporthalle, LED Umrüstung Sporthalle. Insgesamt EUR 570.000

In Summe sollen in den Jahren 2018/2019 also rund 1,7 Mio EUR in Schule und Sporthalle investiert werden. Durch verschiedenste Förderprogramme seitens Bund und Land sinkt der Eigenanteil für den Haushalt der Gemeinde Ladbergen auf ca. EUR 850.000.

Nach Berechnungen der Verwaltung stehen Ende 2019 trotz zusätzlich geplanter Investitionen für einen potenziellen Kindergartenneubau immer noch EUR 440.000 in der Schulpauschale zur Verfügung. Ist es daher richtig alle nur möglichen Förderungen in Anspruch zu nehmen? Wir meinen: Nein! Zumindest das Förderprogramm des Landes „gute Schule 2020“ erscheint für Ladbergen nicht notwendig. Auch wenn wir Fördergelder in Anspruch nehmen können, muss der Gradmesser sein, ob wir die Massnahme auch dann vornehmen würden, wenn wir sie selbst finanzieren müssten. Abgesehen davon können wir die komplette Maßnahme an der Schule trotzdem umsetzen. Bis 2019 könnten wir durch einen Verzicht auf das genannte Landesprogramm ca. EUR 300.000 für den Landeshaushalt einsparen. Wir sind gegen Verschwendung von Steuergeldern jeglicher Art.

Das System der Pauschalen und Förderungen zur Finanzierung der Kommunalfinanzen haben wir an dieser Stelle schon mehrfach kritisiert. Hier sind wir uns mit dem Bürgermeister einig, dass eine deutliche Flexibilisierung vonnöten ist. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Schul- und Sportpauschale, die die neue schwarz-gelbe Landesregierung nunmehr ermöglicht, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Weitere müssen folgen. Wir würden uns wünschen, dass die gegenseitige Deckungsfähigkeit auch auf die Investitionspauschale erweitert wird und unser Gestaltungsspielraum somit deutlich erhöht würde. Dafür werden wir uns in unserer Partei einsetzen.

Welche Nebenwirkungen gibt es, wenn zweckgebundene Gelder im „Übermaß“ zur Verfügung stehen? Es werden Maßnahmen umgesetzt, die nicht sinnvoll bzw. notwendig sind. Schauen wir uns die Fassadensanierung der Grundschule genauer an: Hier gibt es drei wesentliche Aspekte:

1. Austausch veralteter Fenster. Energetisch und wirtschaftlich sinnvoll.
2. Wärmedämmung des Daches. Energetisch und wirtschaftlich sinnvoll.
3. Wärmedämmung der Aussenfassade. Energetisch eine Einsparung. Wirtschaftlich sehr fragwürdig. Finanziell aber der mit Abstand größte Teil der Maßnahme.

Ohne die Überdosis an Förderungen von übergeordneter Stelle wäre die letzte Maßnahme wohl deutlich geringer ausgefallen. Ein eindeutiges Beispiel der mangelnden Effizienz staatlichen Wirtschaftens.

Die Fraktion der Grünen wirft uns bestimmt gleich wieder fehlenden Willen zum Klimaschutz vor. Mitnichten: Dachdämmung, Fenstererneuerung, Umstellung auf LED, Sanierung des Sporthallendaches, Erneuerung der Belüftungsanlage und Erneuerung der Heizungsanlage tragen in sinnvoller Weise zum Klimaschutz bei und erscheinen uns wirtschaftlich. Lediglich die Fassadensanierung der Grundschule geht für uns über das Ziel hinaus.

Aufgrund der Tragweite der Umbaumaßnahmen soll das Vorhaben über zwei Jahre gestreckt werden. Seltsam, dass dies auf einmal möglich ist. In der Ratssitzung im Oktober 2017 war „höchste Eile“ geboten, damit die ganze Maßnahme in 2018 durchgeführt werden könne. Wir wollten die Maßnahme Grundschule in Gänze am heutigen Tage beraten. Dies wäre somit nachweislich möglich und richtig gewesen. Aber es war ja ein Vorschlag der FDP-Fraktion...Nicht nur diesem Vorschlag kann man offensichtlich nicht zustimmen.

Ebenso wenig wurde unserem Antrag zur Prüfung des Personalbedarfs beim Bauhof zugestimmt. Wir haben gerade darüber diskutiert. Professionelles Personalmanagement soll es in Ladbergen

offensichtlich nicht geben. Intuitive Entscheidungen wohl eher! Deswegen an dieser Stelle nur noch wenige weitere Worte dazu.

Die Verwaltung ist aus Sicht der anderen Fraktionen im Rat offensichtlich unfehlbar. Der Personalbedarf wird nach deren Meinung objektiv und immer korrekt eingeschätzt. Wenn Betroffene sich selbst einschätzen sollen, dann ist es mit der Objektivität allerdings eher nicht weit her. Neue Wege gehen möchte man nicht. Weder in den anderen Fraktionen noch in der Verwaltung.

Uns ärgert auch die ständige Alternativlosigkeit für Beschlussvorschläge seitens der Verwaltung. Es gibt einen Vorschlag für den Rat und der ist abzusegen. Alternativen werden nicht im Gemeinderat vorgestellt. Nur gelegentlich im Vorfeld besprochen. Für die Zukunft fordern wir, dass zum Vorschlag der Verwaltung zumindest eine Alternative zum Beschlussvorschlag vorgestellt wird. Auch wenn dies dann logischerweise nicht die von der Verwaltung präferierte Lösung ist.

Themenwechsel. Spielplätze. Ein emotionales Thema in 2017. Wir halten noch einmal fest, dass wir es waren, die mit unserem Antrag Ende 2016 eine öffentliche Diskussion zu diesem Thema in Gang gebracht haben. Erst daraufhin haben sich die Eltern aus der Erpenbecker Siedlung gemeldet und einen Bedarf geltend gemacht. Die Folgeerörterungen, auch zur Spielarena 12 +, zeigen, dass das Thema keinesfalls erledigt ist. Unsere Beobachtungen zeigen zudem, dass es für die Spielplätze am Lehnhartweg und am Waldweg weiterhin keinen ausreichenden Bedarf gibt. Wir haben beide Spielplätze zu unterschiedlichen Uhrzeiten und an unterschiedlichen Tagen etliche Male besucht. Bevor hier Polemik von irgendeiner Seite aufkommt: Wir haben die Spielplätze dann aufgesucht, wenn Kinder gewöhnlich draußen spielen. Geregnet hat es übrigens zu diesen Zeitpunkten auch nicht. Wieviele Kinder haben wir angetroffen? Null. Nochmal zum mit schreiben: Null! Ein weiteres Zitat aus unserer Haushaltsrede vom letzten Jahr: „Wir möchten die vorhandenen Spielplätze so ansprechend wie möglich gestalten. Im Gegenzug sollte jeder Spielplatz auf seine Notwendigkeit geprüft werden. In einem Satz: Weniger richtig eingesetzt ist mehr!“

Wir halten ein flächendeckendes, schnelles Internet für unabdingbar. Deswegen haben wir der zur Verfügung Stellung weiterer Gelder zugestimmt. Dies sind ca. EUR 600.000 Eigenanteil zur Breitbandversorgung im Aussenbereich. Darüber hinaus stellen wir im Bedarfsfall Darlehn über mehrere Millionen Euro zur Verfügung.

Wir werden uns darauf einrichten, dass modernes Verwaltungshandeln immer mehr digital stattfinden wird. Es wird auch zunehmend digital nachgefragt werden. Der Geschäftsführer der kommunalen Anwendergemeinschaft hat, in einem Interview mit den WN vor einigen Monaten, das moderne E-Government völlig zu Recht als Alleinstellungsmerkmal von Kommunen im Wettbewerb um Zuzug von Bürgern bezeichnet. In der Online-Ausgabe des Handelsblattes vom 12. Dezember mit der Überschrift „Deutsche warten auf den digitalen Staat“ wird eine repräsentative Umfrage der Unternehmensberatung PwC zitiert: Dort haben 91% der Befragten den Willen geäußert, Verwaltungsvorgänge künftig online abzuwickeln. Wir verstehen deshalb auch heute noch nicht, dass unser Antrag dazu von unseren politischen Mitbewerbern abgelehnt wurde. Es reicht heute nicht mehr, nur mit zu schwimmen. Wir wollen jedenfalls mehr für Ladbergen. Auf der Homepage der Gemeinde Ladbergen ist zu lesen, dass die Gemeinde Ladbergen über die KAAW am E-Government arbeitet. Warten wir die Ergebnisse ab.

Das Jahr 2018 kann man durchaus als das „Jahr der Investitionen“ für Ladbergen bezeichnen. Neben den genannten Maßnahmen wird zusätzlich in Straßenausbau, in Spielplätze, die Erschließung von Wohngebieten, in die Kläranlage etc. investiert. Dies sind weitere ca. 1,1 Mio EUR.

Somit belaufen sich die Investitionen auf insgesamt ca. 3,4 Mio EUR. Ich hoffe, bei der Vielzahl an Maßnahmen, mit immer wieder diskutierten unterschiedlichen Modellen, ist uns kein Fehler bei der Berechnung unterlaufen.

Die Schaffung von neuen Gewerbeflächen läuft weiter sehr schleppend. Gemäß Aussagen des Bürgermeisters bewegt sich hier allerdings etwas. Wir hoffen auf positive Meldungen! Für den Standort Ladbergen absolut notwendig!

Baugrundstücke sind in Ladbergen weiter gefragt. Trotz der laufenden Ausweisung neuer Baugebiete ist die Zahl der Interessenten weitaus größer als das Angebot. Hier ist es geboten, die vorhandenen Grundstücke nach gerechten Kriterien zu verteilen. Diese müssen auch die Möglichkeit vorsehen, dass Auswärtige und Bewerber ohne Kinder eine reelle Chance haben, einen Bauplatz zu erhalten. Ladbergen wächst. Das ist eine sehr gute Nachricht. Freuen wir uns darüber, dass wir das Angebot an Kindertageseinrichtungen erweitern „müssen“.

Wir freuen uns auch, dass weder Grundsteuer- noch Gewerbesteuerhebesätze angehoben werden sollen. Dies kann nachhaltig sein, da die Landesregierung von NRW beschlossen hat, die fiktiven Hebesteuersätze nicht anzuheben. Wir werden somit nicht „gezwungen“ die Realsteuern anzuheben. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen werden also nicht noch höher belastet.

Der vorgestellte Haushaltsplan enthält sehr hohe Investitionen in die Zukunft der Gemeinde Ladbergen. Auch wenn uns hier einige Aspekte nicht gefallen, gehen die Investitionen jedoch in die richtige Richtung und finden unsere Zustimmung. Hier sind wir uns unserer Verantwortung bewusst. Deshalb werden wir, trotz der zuvor genannten Kritikpunkte und der nicht ausreichend begründeten Entscheidung zur Erweiterung des Stellenplans im Bauhof, dem Haushaltsplan für 2018 zustimmen, weil er weit überwiegend die richtigen und in die Zukunft weisenden Entscheidungen trifft.

Eine Anmerkung ist uns noch besonders wichtig:

In unserem Dorf verfügen wir über ein breit gefächertes, ausgeprägtes und erfolgreiches ehrenamtliches Engagement, sei es z.B. in den Sport- und Schützenvereinen, in der Feuerwehr, im Dorfladen, bei Nu män tou, im Oberstübchen, in den Kirchengemeinden, im Heimatverein, in Chören und im Musikverein oder in vielen anderen Gruppierungen; nicht zuletzt in der Betreuung und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen, die in enger Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitern der Verwaltung und freiwilligen Helfern erfolgt. Allen Menschen, die sich so auf die eine oder andere Weise engagieren danke ich Namen meiner Fraktion und der FDP auch an dieser Stelle herzlich für ihr Engagement und ermutige sie zum kreativen Weitermachen. Dieses Engagement ist ein wichtiger Baustein in unserem Zusammenleben und macht die Lebensqualität in unserem Dorf entscheidend mit aus.

Wenn es darum geht, Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten, wenn auch zum Teil vorübergehend, Schutz und Heimat zu geben, dann sollten wir nicht vergessen das Ladbergen laut Wikipedia die größte Auswanderungsquote im Deutschland des 19. Jahrhunderts hatte: etwa 37 % der Bevölkerung des Ortes sind im 19. Jahrhundert ausgewandert. Die weitaus Meisten wohl aus finanzieller Not, - heute würde man sie Wirtschaftsflüchtlinge nennen. Auch das sollte uns Verpflichtung sein.

Wir danken Verwaltung und Bauhof für die geleistete Arbeit. Große Projekte erfordern hohe Anstrengungen in der Planung. Dies war in diesem Jahr so und wird auch in 2018 so sein.

Uns allen wünsche ich eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Start in das neue Jahr 2018. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit im nächsten Jahr.

Vielen Dank!

Jens Tiemann
Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion